

# **AMTLICHE NACHRICHTEN:**

Gemeinde 73667 Kaisersbach  
Rems-Murr-Kreis

## **Satzung**

### **über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr (Feuerwehrentschädigungssatzung)**

Aufgrund von § 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der aktuell gültigen Fassung in Verbindung mit § 16 des Feuerwehrgesetzes (FwG) in der aktuell gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Kaisersbach am 17.10.2019 folgende Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr beschlossen:

#### **§ 1 Entschädigung für Einsätze**

(1) Die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Kaisersbach erhalten für Einsätze (Pflichtaufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 FwG) auf Antrag ihre Auslagen und ihren Verdienstausfall als Aufwandsentschädigung nach einem einheitlichen Durchschnittssatz ersetzt. Dieser beträgt für jede angefangene Stunde 11,00 Euro. Bei Vorliegen einer Freistellung nach § 15 Absatz 1 Satz 1 FwG kann der Angehörige der Gemeindefeuerwehr seine Ansprüche nach Satz 1 an seinen Arbeitgeber rechtsgeschäftlich abtreten.

(2) Für „Kann-Aufgaben“ nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 2 FwG, insbesondere der Brandsicherheitswache, gelten die Bestimmungen des Abs. 1 dieser Satzung entsprechend.

(3) Der Berechnung der Zeit ist die Dauer der tatsächlichen zeitlichen Inanspruchnahme (gerechnet ab dem Zeitpunkt der Alarmierung bis zur Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft einschließlich angeordneter Ruhezeiten) zugrunde zu legen. Angefangene Stunden werden auf volle Stunden aufgerundet.

(4) Dauert ein Einsatz über vier Stunden und ist der Einsatzort Kaisersbach, hat der Angehörige der Gemeindefeuerwehr Anspruch auf einen als Aufwandsentschädigung gewährten Erfrischungszuschuss (§ 16 Absatz 1 Satz 4 FwG) als Baraufwendung, soweit dieser nicht beim Einsatz in Naturalien gewährt wird.

(5) Für Einsätze mit einer Dauer von mehr als zwei aufeinanderfolgenden Tagen werden der entstehende Verdienstausfall und die notwendigen Auslagen in tatsächlicher Höhe als Aufwandsentschädigung ersetzt (§ 16 Absatz 4 FwG). Für den Fall, dass die Höhe des Verdienstausfalls und der entstandenen Auslagen nicht nachgewiesen werden kann, erfolgt die Entschädigung unter Anwendung der Absätze 1, 3 und 4. Bei Vorliegen einer Freistellung nach § 15 Absatz 1 Satz 1 FwG kann der Angehörige der Gemeindefeuerwehr seinen Anspruch auf Verdienstausfall nach Satz 1 an seinen Arbeitgeber rechtsgeschäftlich abtreten.

#### **§ 2 Entschädigung für Aus- und Fortbildungsveranstaltungen**

(1) Für die Teilnahme an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen mit einer Dauer von bis zu zwei aufeinanderfolgenden Tagen wird auf Antrag als

Aufwandsentschädigung für Auslagen und Verdienstaussfall ein einheitlicher Durchschnittssatz von 11,00 Euro je Stunde gewährt.

(2) Der Berechnung der Zeit ist die Dauer der Aus- und Fortbildungsveranstaltung vom Unterrichtsbeginn bis -ende zugrunde zu legen. Angefangene Stunden werden auf volle Stunden aufgerundet. Für die Berechnung werden höchstens 10 Stunden am Tag zugrunde gelegt.

(3) Für die Teilnahme an der Grundausbildung wird pauschal eine Aufwandsentschädigung von 200 € gewährt.

(4) Bei Aus- und Fortbildungsveranstaltungen außerhalb des Gemeindegebietes erhalten die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr neben der Entschädigung nach Absatz 1 eine Erstattung der Fahrkosten der zweiten Klasse oder eine Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung in entsprechender Anwendung des Landesreisekostengesetzes in seiner jeweiligen Fassung, sofern nicht von Dritten eine Erstattung erfolgt.

(5) Für Aus- und Fortbildungslehrgänge mit einer Dauer von mehr als zwei aufeinanderfolgenden Tagen werden der entstehende Verdienstaussfall und die notwendigen Auslagen in tatsächlicher Höhe ersetzt (§ 16 Absatz 4 FwG). Für den Fall, dass die Höhe des Verdienstaussfalls und der entstandenen Auslagen nicht nachgewiesen werden kann, erfolgt die Entschädigung unter Anwendung der Absätze 1 und 2. Bei Vorliegen einer Freistellung nach § 15 Absatz 1 Satz 1 FwG kann der Angehörige der Gemeindefeuerwehr seinen Anspruch auf Verdienstaussfall nach Satz 1 an seinen Arbeitgeber rechtsgeschäftlich abtreten.

### **§ 3 Zusätzliche Entschädigung**

(1) Die nachfolgend genannten ehrenamtlich in der Aus- und Fortbildung tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, die durch diese Tätigkeit über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten, erhalten eine zusätzliche Entschädigung im Sinne des § 16 Abs. 2 FwG als Aufwandsentschädigung für Übungsleiter:

Kommandant 600 Euro/Jahr

Stv. Kommandant 400 Euro/Jahr

Jugendfeuerwehrwart 350 Euro/Jahr

(2) Die nachfolgend genannten ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr, die durch andere Tätigkeiten als in der Aus- und Fortbildung über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten, erhalten neben der Entschädigung nach Abs. 1 eine zusätzliche Entschädigung im Sinne des § 16 Abs. 2 FwG als Aufwandsentschädigung:

Kommandant 600 Euro/Jahr

Stv. Kommandant 400 Euro/Jahr

Gerätewart, Funkwart, 10 Euro/Stunde

Kleiderwart, EDV Beauftragter

und Atemschutzgerätewart

(je geleistete volle Stunde)

(3) Bei Aufteilung eines Amtes auf mehrere Personen wird die Entschädigung im Sinne des Abs. 1 und Abs. 2 in gleicher Weise aufgeteilt.

### **§ 4 Zuschuss an die Kameradschaftskasse**

Zur Abgeltung des Aufwands für notwendige Feuerwehrrübungen und erforderliche Alarmbereitschaftsdienste wird ein pauschaler Zuschuss von 50 €/Jahr je aktive

ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Feuerwehr bezahlt. Im Bereich der Jugendfeuerwehr wird ein pauschaler Zuschuss von 25 €/Jahr je aktive ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Jugendfeuerwehr bezahlt. Stichtag ist jeweils der 31. Dezember eines jeden Jahres. Die Mannschaftsstärken sind von dem Feuerwehrkommandanten jeweils schriftlich zu melden.

#### **§ 5 Entschädigung für haushaltsführende Personen**

Für Personen, die keinen Verdienst haben und den Haushalt führen (§ 16 Absatz 1 Satz 3 FwG) sind die §§ 1 und 2 dieser Satzung mit der Maßgabe anzuwenden, dass als Verdienstausschlag das entstandene Zeitversäumnis gilt.

#### **§ 6 Antrag**

(1) Als Anträge im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 1 gelten die durch den jeweiligen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr eingereichten Nachweise über die Teilnahme an Einsätzen, Lehrgängen, Sitzungen und dergleichen.

(2) Den Anträgen im Sinne der § 1 Absatz 5 Satz 2, § 2 Absatz 4 Satz 2 sind Nachweise beizufügen, die den Verdienstausschlag und die Auslagen dem Grunde und der Höhe nach belegen.

#### **§ 7 Entschädigung für Übungen**

Jedem Feuerwehrangehörigen wird für die Teilnahme ab der 5. Übung im Jahr auf Antrag für Auslagen ein Durchschnittssatz von 5 € pro Übung gewährt.

#### **§ 8 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr in der Fassung vom 26.04.2002, zuletzt geändert am 22.11.2012, außer Kraft.

Kaisersbach, den 22.10.2019

gez.

Katja Müller

Bürgermeisterin

#### **Hinweis nach § 4 Absatz 4 GemO:**

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Absatz 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Satzung, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

# **AUS DEM RATHAUS:**

## **Rathaus geschlossen**

Das Rathaus Kaisersbach hat am Montag, den 11. November 2019 wegen einer Mitarbeiterschulung nur bis 12 Uhr geöffnet.

## **Wer zahlt Grundsteuer im Falle eines Eigentumswechsels?**

Wer Grundbesitz verkauft, bleibt Schuldner der Grundsteuer bis zum 1. Januar des folgenden Jahres. Diese Handhabe sehen die gesetzlichen Regelungen vor. Der Übergang der Steuerschuld wird vom Finanzamt durch einen Bescheid festgesetzt (= Grundsteuermessbescheid). Auf der Grundlage von diesem Bescheid ändert die Gemeinde ihre Unterlagen und setzt die Grundsteuer gegenüber dem neuen Eigentümer fest (= Grundsteuerbescheid). Solange die Gemeinde den Grundsteuermessbescheid vom Finanzamt noch nicht erhalten hat, kann sie keine Änderungen vornehmen. Vonseiten des Finanzamts ist jedoch gewährleistet, dass auch bei eventuellen Verzögerungen der Bescheidausstellung eine rückwirkende Festsetzung (= Zurechnungsfortschreibung) zum 1. Januar des auf den Verkauf folgenden Jahres vorgenommen wird. Sollten die Vertragsparteien durch Vertrag geregelt haben, dass die Grundsteuer vom Käufer zu einem anderen Zeitpunkt als vom Gesetz übernommen wird, ist dies eine rein privatrechtliche Angelegenheit und berührt die Gemeinde nicht.

Ihre Gemeindeverwaltung  
Kaisersbach